



GRUPPE
SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Kreistag des Landkreises Northeim



Presseverteiler
PM 2/2012

18. Februar 2012

Einrichtung einer IGS bleibt politischer Wille der Mehrheitsgruppe

Zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zur Rechtmäßigkeit der unterschiedlichen Behandlung von Oberschulen und Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen erklärt der schulpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Northeim, Dr. Hermann Weinreis: „Wir bedauern sehr, dass das Oberverwaltungsgericht Lüneburg zu einer anderen Rechtsauffassung gelangt ist als wir. Gleichwohl akzeptieren wir natürlich den Richterspruch. Daraus ergibt sich für uns nun aber die Aufgabe, gegen die verpflichtende Fünfüzigkeit neuer Integrierter Gesamtschulen nun noch stärker politisch zu argumentieren. Es ist schade, dass die Einbecker Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern, die Lehrkräfte und der Landkreis als Schulträger im ländlichen Raum nun noch ein Jahr länger warten müssen, bis nach einem geglückten Regierungswechsel in Niedersachsen diese Auflage endlich außer Kraft gesetzt wird. Unabhängig von der Lüneburger Entscheidung werden wir in einen intensiven Dialog mit den Eltern, Schülern, Lehrern und den betroffenen Kommunen über die Schulentwicklungsplanung im Landkreis Northeim eintreten.“

„Das Thema IGS in Einbeck ist längst nicht vom Tisch“, bestätigt Jens Hampe, schulpolitischer Sprecher der Grünen im Kreistag. „Die pädagogische Notwendigkeit einer IGS in Einbeck steht nach wie vor völlig außer Frage. Wir werden für den Elternwillen eintreten und uns weiterhin intensiv für eine IGS in Einbeck einsetzen. Wer gute Bildung will, wählt im Januar Rot-Grün! Dann wird endlich wieder Bildungspolitik für und nicht gegen unsere Kinder gemacht.“